

Zur Bedeutung der Karlsruher Wohnraumakquise als De-Labeling-Strategie für die soziale Infrastruktur

Regina Heibroock, Martin Lenz

1 Einleitung

Wohnen ist von existenzieller Bedeutung, dennoch ist eine Wohnung nicht nur ein soziales, sondern auch ein wirtschaftliches Gut, das auf dem freien Wohnungsmarkt eine knappe, oftmals teure Ressource ist. Auf die soziale Bedeutung weist das Instrumentarium „sozialer Wohnungsbau“ hin. Dieses hat die Funktion eines sozialen Ausgleichs zum freien Wohnungsmarktgeschehen, denn die Verteilung der Ressource Wohnung verläuft ungleich entlang des finanziellen, aber auch sozialen Kapitals der potenziellen Mieter_innen. Entsprechend ist es geboten, einerseits über ein politisches Agenda-Setting die Stadtgesellschaft und v.a. die Wohnungsunternehmen für soziale Ungleichheiten und Armutslagen auch in einer wohlhabenden Stadt wie Karlsruhe zu sensibilisieren und andererseits Menschen ohne Wohnung mittels sozialer Arbeit zu unterstützen und zu befähigen, ein eigenständiges Leben zu führen und bestenfalls eine Wohnung zu finden. Weiterhin ist in räumlicher Hinsicht darauf hinzuwirken, dass die Wohnadresse nicht zu einer sozialen Belastung wird. Damit ist die sozialräumliche Segregation angesprochen, deren Vermeidung nicht nur Aufgabe von Wohnungs- und Sozialpolitik ist, sondern in einem umfassenderen Sinne von einer Stadtentwicklungspolitik adressiert wird.

Um die Zusammenhänge knapper Ressourcen auf dem Wohnungsmarkt und die (sozialen) Folgen für am Wohnungsmarkt benachteiligten Personen darzustellen, wird auf das an Dangschat (1994) angelehnte Analysemodell der Makro-, Meso- und Mikroebene (Abbildung 1) referenziert.



Abbildung 1: Makro-, Meso, Mikroebene. Quelle: eigene Darstellung, 2022

Nach Dangschat (1994) beinhalten Segregationsanalysen soziale, räumliche und Zuweisungsprozesse und referenzieren daher auf:

- eine Theorie zur sozialen Ungleichheit,
- eine Theorie zur räumlichen Ungleichheit,
- eine Theorie zu den Zuweisungsprozessen sozialer Gruppen in spezifische Räume.

Diesbezüglich können die wesentlichen Elemente, die Segregationsprozessen inhärent sind, auf den unterschiedlichen Ebenen des Analysemodells verortet werden, wie im Anschluss näher ausgeführt wird.

Auf der *Makroebene* sind strukturelle Rahmenbedingungen der Märkte – in unserem Kontext des Wohnungsmarktes – dargestellt. Deregulierung und Finanzialisierung führen zu Exklusionen und Verdrängung von Personen in ökonomisch prekären Lagen, da die Wohnung zur wirtschaftlichen Ware und erschwinglicher Wohnraum ein knappes Gut wird. Räumliche Ungleichheit wird verstärkt, wenn die erschwinglichen, öffentlich geförderten Sozialwohnungen auf bestimmte Stadtteile oder gar an den Rändern der Stadt konzentriert sind, was schließlich zur Verschränkung von territorialer und sozialer Stigmatisierung (Wacquant, 2007) führen kann. Diese Prozesse der sozialen und territorialen Marginalisierung können entsprechend eines Leitbildes sozialer Durchmischung auf dem Wohnungsmarkt vermieden bzw. abgemildert werden. Auf der Makroebene hat die Kommune vergleichsweise wenig Handlungsspielraum; diesen gilt es jedoch, wie Lenz (2022) postuliert, im Sinne einer Kommunalisierung der sozialen Wohnraumversorgung zu nutzen.

Dangschat folgend sollten „Segregationsanalysen gleich welcher Herkunft [...] nicht nur das Ausmaß und die Art der Segregation sowie deren räumliche Ausprägungsmuster beschreiben und die Arbeits- und Wohnungs‘markt‘entwicklung und deren politische Regulation kritisieren, sondern auch den *Umgang* [Hervorhebung nicht im Original] mit sozialräumlichen Konzentrationen sozialer Gruppen analysieren.“ (1997, S. 644). In Städten und Gemeinden bedarf es folglich einer sozial gerechten Belegungssteuerung von Wohnungen, um Konzentrationen benachteiligter Gruppen in Quartieren, Stadtvierteln und Stadtteilen zu vermeiden. Lokale Akteur_innen wie Wohnungsunternehmen – insbesondere in kommunaler Gesellschaftsverantwortung – und Sozialbehörden sind in erster Linie gefordert, denn Wohnen ist nicht nur ein (wohnungs)wirtschaftliches Gut, sondern auch ein soziales Gut, wie in sozialwirtschaftlichen Kontexten betont wird (Heibrock, Lenz, 2016).

Die Mesoebene verbindet die Makro- und Mikroebene; im hier dargestellten Zusammenhang wird das kommunal aufgelegte Programm „Wohnraumakquise durch Kooperation“ verortet, das dem Leitbild sozialer Durchmischung entspricht (Kapitel 3). Obwohl die Mieten der über die Stadt erworbenen Belegrechte von Mietwohnungen den „angemessenen Kosten der Unterkunft“ entsprechen und somit erschwinglich sind, wird mithilfe der kommunalen Belegungssteuerung Konzentration auf bestimmte Stadtteile vermieden; die Wohnungen sind auf nahezu alle Karlsruher Stadtteile verteilt (Abbildung 4). Zudem wird jede zur Verfügung gestellte Wohnung von Mitarbeiter_innen der Sozialbehörde besichtigt und auf ihren Zustand der Wohnbarkeit geprüft, um das „Recht auf angemessenen Wohnraum“ (Art. 11, Abs. 1 UN-Sozialpakt) nicht im Zuge von preisgünstigen Mieten zu untermauern.

Auf der Mikroebene finden Zuschreibungsprozesse von Seiten der Mehrheitsgesellschaft bzw. von Seiten der Wohnungsgeber_innen gegenüber wohnungslosen Menschen statt. Dies kann zur Folge haben, dass eine bereits in Teilbereichen der Gesellschaft exkludierte Lebenslage „konstruiert“ oder verfestigt wird und eine Benachteiligung auf bzw. Ausschluss aus dem freien Wohnungsmarkt nach sich zieht. Die Scharnierfunktion (zwischen Makro- und Mikroebene) des Programms Wohnraumakquise besteht darin, den vom freien Wohnungsmarkt Exkludierten eine eigene Wohnung dezentral, d.h. auf alle Stadtteile verteilt, zur Verfügung zu stellen.

Da prekäre Wohnsituationen oftmals mit fehlender Einbindung in die Arbeitswelt zusammenhängen (Schöber, 2022), bedarf es neben einer eigenen Wohnung weiterer Maßnahmen in Kollaboration mit sozialer Arbeit, um gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten zu erhöhen. Die Gewährung von Teilhabe ist Aufgabe einer sozialen Infrastruktur, die in der Stadt Karlsruhe – in Bezug auf prekäre

Lebenslagen – mit Hilfe einer strategischen Armutsbekämpfung umgesetzt wird (Lenz, Heibrock, 2018). Im Folgenden richtet sich der Fokus jedoch auf die Wohnraumversorgung.

Während staatliche Sozialwohnungen oftmals konzentriert in bestimmten Stadtteilen anzutreffen sind, sind die Akquisewohnungen und somit die Belegungsrechte der Stadt hingegen auf alle Stadtteile verteilt. In diesem Zusammenhang evozieren die Ergebnisse einer aktuellen Segregationsstudie von Helbig und Jähnen (2018) die Frage, inwieweit Segregation „produziert“ wird bzw. welche sozialen Strategien Segregation vorbeugen, verhindern oder abbauen helfen, wie später aufgezeigt wird. Unter Segregation wird in Anlehnung an Farwick (2012, S. 381) die „ungleiche [...] Verteilung von Bevölkerungsgruppen über städtische Teilgebiete“ verstanden. Drei Dimensionen werden in Bezug auf wohnortbezogene Segregation unterschieden: soziale (bzw. konkreter: sozioökonomische), ethnische und demografische Segregation.

Die Studie basiert auf Daten aus 74 deutschen Städten – fast alles Großstädte mit mindestens 100.000 Einwohner_innen. Untersucht wurde, „wie ungleich sich soziale, ethnische und verschiedene Altersgruppen in den deutschen Städten verteilen und wie sich diese Ungleichverteilung zwischen 2002 und 2014 verändert hat“ (Helbig, Jähnen, 2018, S. 113). Bzgl. sozialer Segregation bilanzieren sie eine Zunahme um 10,5 %. Für die Stadt Karlsruhe ergibt sich ein vergleichsweise positiv zu bewertendes Bild. Beim Ausmaß der sozialen Segregation, das anhand des Segregationsindikators „SGB II-Bezug“ gemessen wird (ebd., S. 20ff), nimmt Karlsruhe mit einem Index von 17,4. den 69. Rang ein (zur Berechnung des Segregationsindex ebd., S. 21). Je weiter hinten im Ranking, desto besser durchmischt ist die Stadt gemäß der Studie, denn je niedriger der Index ist, desto weniger Segregation wird für die jeweilige Stadt konstatiert.¹

Bei der Fragestellung, ob Zuwander_innen segregiert aufgenommen werden, weist Karlsruhe mit 0,06 % einen sehr niedrigen Wert hinsichtlich prozentualer Zunahme des Segregationsindex in den Jahren zwischen 2002 und 2014 auf (ebd., S. 147). In Bezug auf die soziale Segregation von Kindern befindet sich Karlsruhe ebenfalls am Ende des Rankings, auf Rang 69 (ebd., S. 47). Eine Ursache hierfür ist, dass ein deutlicher Rückgang der unter fünfzehnjährigen Beziehenden von SGB II in den letzten zehn Jahren zu verzeichnen war.

¹ Der höchste Wert in Deutschland beträgt 40,0; Berlin beispielsweise hat einen Index von 31,3 (Helbig, Jähnen, 2018, S. 30).

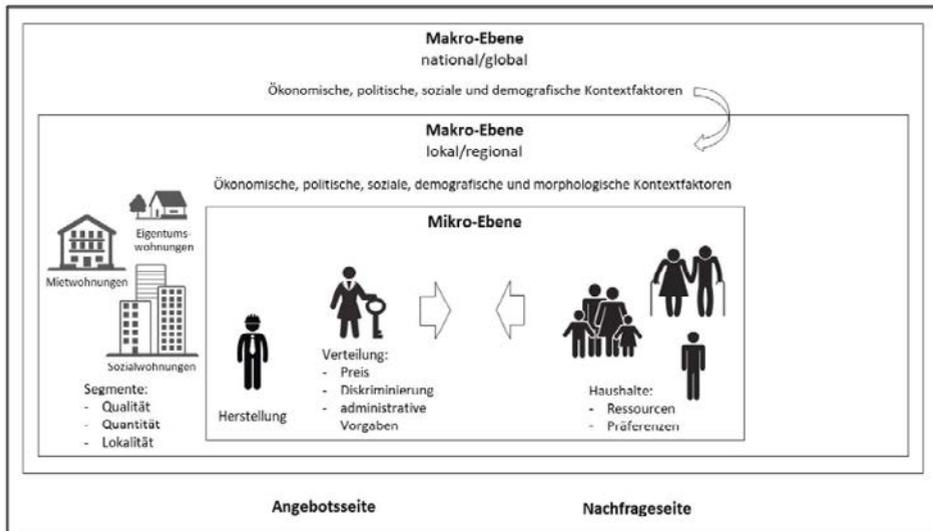


Abbildung 2: Determinanten von sozialer Segregation auf Mikro- und Makro-Ebene.

Quelle: Helbig, Jähnen, 2018

Anhand des in Abbildung 2 dargestellten Modells erläutern Helbig und Jähnen die ökonomischen, politischen, sozialen und demografischen Kontextfaktoren, die Segregation nach ihrer Ansicht verursachen. „Zu guter Letzt ist auch das räumliche Erbe einer Stadt bzw. Region – ihre Morphologie – ausschlaggebend. Durch frühere Entscheidungen konzentrieren sich zum Beispiel Sozialwohnungen meistens in bestimmten Quartieren“ (ebd., S. 66). Die Verfasser_innen stellen in Folge dessen folgende Hypothesen zur Wirkung von stadtbezogenen Kontextfaktoren auf die Armutssegregation auf: „Entspannte Wohnungsmärkte begünstigen die soziale Segregation, angespannte hemmen sie. Eine Erweiterung des Wohnungsangebots durch Neubau begrenzt die soziale Segregation“ (ebd., S. 71). Sie identifizieren darüber hinaus als zentralen politischen Faktor und damit zentralen Einfluss auf Segregation die öffentliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus (ebd., S. 71), diese möglichst in besseren Wohnlagen. Da dies eine längerfristig angelegte Maßnahme darstellt, empfehlen sie den Erwerb von Belegrechten von Kommunen für Bestandswohnungen in weniger benachteiligten Wohngebieten. Dies trifft auf die Karlsruher Wohnraumakquise zu, da bei der Belegungssteuerung von Wohnraum das Leitbild der sozialen Durchmischung Anwendung findet (Lenz, Heibrock, 2019).

2 Makroebene: Die strukturellen Rahmenbedingungen des Wohnungsmarktes

Auf der Makroebene sind die strukturellen Rahmenbedingungen des Wohnungsmarktes angesiedelt. Der Wohnungsmarkt ist kein einheitlicher Markt. Unterscheiden lassen sich die Teilmärkte öffentlich geförderte Sozialwohnungen, preiswerte, freifinanzierte Wohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Diese drei Wohnungsmärkte sind nach Friedrichs seit den 1960er Jahren von zwei Entwicklungen betroffen: „Es sind sowohl die Grundstückspreise als auch die Baukosten enorm gestiegen; beide Steigerungen liegen ganz erheblich über der Steigerung der Realeinkommen. [...] Entsprechend sind die Erstellungskosten von Wohnungen enorm gestiegen. [...] Ebenso sind die Mieten in den beiden Mietwohnungsmärkten gestiegen“ (Friedrichs 1995, S. 60). Die Auswirkungen der Disparitäten am deutschen Wohnungsmarkt sind auch in Karlsruhe deutlich spürbar. Der angespannte Wohnungsmarkt ist seit Mitte der 1990er Jahre in Karlsruhe nicht nur statistisch messbar, sondern auch – z.B. auf Grund überproportional hoher Nachfrage bei Wohnungsbaugesellschaften wie der städtischen Volkswohnung GmbH – sichtbar.

Die Abschaffung der Gemeinnützigkeit für soziale Wohnungsunternehmen Ende der 1980er Jahre sowie die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände trugen zudem wesentlich zur Finanzialisierung des Wohnungsmarktes bei. Wohnraum wird zur (globalen) profitorientierten ökonomischen Marktware bzw. als Finanzanlage gehandelt („Betongold“) und unterliegt dem „Narrativ der Kalkulation“ (Holm, 2018, S. 6), die Vermarktlichung sozialer Wohnraumversorgung erschwert für viele Haushalte in den Ballungsräumen mit engem Wohnungsmarkt die Finanzierung einer Wohnung. Wohnungspolitik hat sich zur Wohnungspolitik entwickelt.

Für den hier vorgelegten Beitrag spielt der Markt der Sozialwohnungen die bedeutsamste Rolle, weil von diesem vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen profitieren (sollten). Diesbezüglich ist festzustellen, dass sich der Bestand von Sozialwohnungen in Deutschland kontinuierlich seit zwei Jahrzehnten in zunehmendem Maße verringert (Brühl, Echtner, 1998, GdW, 1998) und sich deren Zahl seit 2007 fast halbiert hat (Janson, 2021).

Entsprechend des Bundestrends ist ebenso in Karlsruhe die Anzahl an Sozialmietwohnungen in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen. Von 5.785 Wohnungen mit einer Mietpreis- und Belegungsbindung zu Beginn des Jahres 2009 (Ende 2009: 5.648) hat sich deren Zahl auf 3.577 Objekte am Jahresende 2017 verringert. Insgesamt 2.718 Sozialmietwohnungen sind in diesem Zeitraum aus der Bindung herausgefallen, 510 Wohnungen kamen zeitgleich dazu. Hierbei handelt es sich um Wohnungen, die im Rahmen des Karlsruher Wohn-

raumförderungsprogramms (KaWoF) gefördert wurden. Der Gesamtbestand an Sozialmietwohnungen hat sich somit zwischen 2009 und 2017 um 2.208 Wohneinheiten, also um 38,2 Prozent reduziert (Abbildung 3).

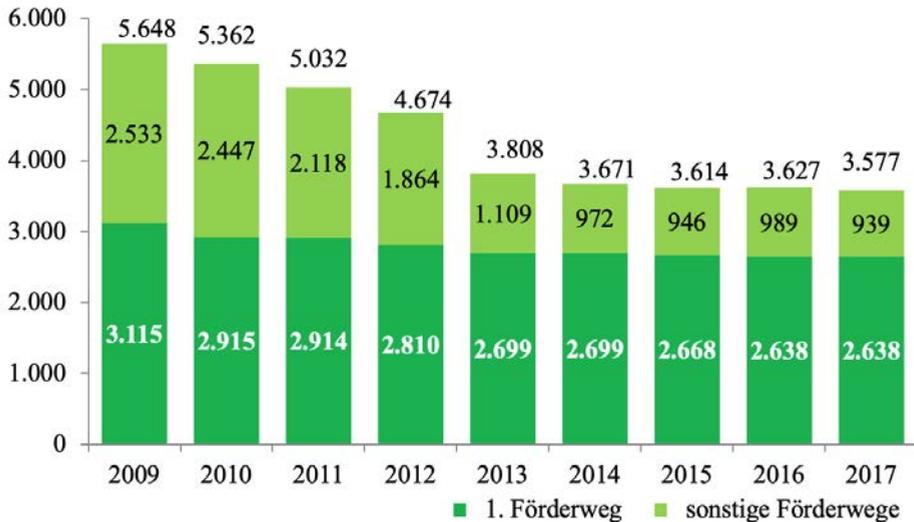


Abbildung 3: Entwicklung des Sozialmietwohnungsbestands in Karlsruhe 2009–2017²

Quelle: Liegenschaftsamt der Stadt Karlsruhe

Steigende Mieten, fehlende Bautätigkeit sowie eine defizitäre Wohnungsbau- politik in den Ballungszentren führen zu einer immer größeren Nachfrage an preiswertem Wohnraum. Kommen noch – wie in der Stadt Karlsruhe – ein geringer Wohnungsleerstand sowie die Dringlichkeit des sozialen Wohnbaus hinzu, haben diese Rahmenbedingungen zur Folge, dass das wirtschaftliche und soziale Gut „Wohnen“ eine stets knapper werdende Ressource wird, um das verschiedene Gruppierungen im Niedrigpreissegment konkurrieren. Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten treten bei einem angespannten Wohnungsmarkt in Konkurrenz mit anderen Gruppen in niedrigen Einkommenslagen, worauf in diesem Beitrag auch auf der Mikroebene der Lebenslage Wohnungslosigkeit Bezug genommen wird. Bislang gibt es bundesweit wenige Beispiele einer gezielten sozialen Wohnungsmarktsteuerung (wie der Ansatz *housing first*³), mit deren Hilfe vorrangig wohnungslose Menschen mit eigenem Wohnraum versorgt werden (Lenz, 2007). Wichtige Bausteine einer kommunalen Wohnraumversorgung sind auf der einen Seite die Verhinderung von Wohnungsverlusten mit Hilfe entspre-

² Stand jeweils am Jahresende.

³ *Housing first* ist ein Ansatz zur Überwindung von Wohnungslosigkeit mit dem Ziel der schnellen Reintegration von Wohnungslosen in „normale“ Wohnverhältnisse mit Hilfe eines eigenen Mietvertrages (Busch-Geertsema, 2011).

chender Präventionsmaßnahmen und auf der anderen Seite die Akquise von privatem Wohnraum für am Wohnungsmarkt benachteiligte Zielgruppen.

3 Mesoebene: Das Karlsruher Programm „Wohnraumakquise durch Kooperation“

Die Stadt Karlsruhe blickt im Bereich der sozialen Wohnraumversorgung auf eine ähnliche Geschichte zurück wie andere mittelgroße Großstädte in Deutschland auch: Dies bezieht sich sowohl auf den Umgang mit dem Nachkriegsphänomen Obdachlosigkeit, z.B. mittels an den Rändern der Stadt gelegenen Baracken und Obdachlosensiedlungen sowie Auflösung derselben, als auch auf die Ausgestaltung sozialräumlichen kommunalen Handelns in Bezug auf die zum damaligen Zeitpunkt noch so genannten soziale Brennpunkte bzw. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf (Stadt Karlsruhe 1964, 1974, 1997). Diese Programme belegten die Stringenz, vermeintlich sozial auffällige Personengruppen nicht konzentriert in den Stadtteilen mit Wohnraum zu versorgen, um soziale Integration zu ermöglichen anstatt sie konzentriert am Stadtrand auszugrenzen. Diese Form der dezentralen Unterbringung von Menschen mit besonderen Schwierigkeiten am Wohnungsmarkt ist Leitbild sozialer Durchmischung der Stadt Karlsruhe bis heute (Bernart, Lenz, 2009).

Im Vergleich zum Bundestrend hatte Karlsruhe schon wesentlich früher eine sich stetig anspannende Lage am Wohnungsmarkt zu verzeichnen, was steigende Mietpreise und eine Zunahme wohnungsloser Personen zur Folge hatte. Darauf reagierte die kommunale Fachstelle Wohnungssicherung mit einer Analyse des lokalen Wohnungsmarktes. Aus dieser ergaben sich für das Programm Wohnraumakquise zwei wesentliche Faktoren: Rund drei Viertel der Wohnungen sind Privateigentum. Zudem wurde der für einen angespannten Wohnungsmarkt bedeutsame Indikator „Leerstandsquote“ herangezogen: Diese beträgt in der Stadt Karlsruhe lediglich 0,7 % und somit deutlich unterhalb des Bundesdurchschnittes von 5 %. Ab einer Quote von 3 % gilt der Wohnungsmarkt als angespannt. Da von Seiten des Wohnungsbaus keine entsprechende Entlastung zu erwarten war, mussten neue Wege der Wohnraumversorgung gefunden werden.

Der Fokus des Programms richtet sich somit auf private Eigentümer_innen. Diese werden nicht als ausschließlich renditeorientierte „Miethaie“, sondern als potentielle Partner_innen bei der sozialen Wohnraumversorgung angesehen. Ziel des seit 2005 aufgelegten Programms ist es, angemessenen Wohnraum für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, die ohne Hilfe aus eigenen Kräften keine Wohnung am Wohnungsmarkt finden, zur Verfügung zu stellen. Die Scharnierfunktion des Programmes besteht darin, leerstehende Wohnungen wieder

dem Wohnungsmarkt (Makroebene) zugänglich zu machen und zugleich wohnungslose Menschen (Mikroebene) mit angemessenem Wohnraum zu versorgen.

Das Programm funktioniert wie folgt (Lenz, Schäfer, 2017): Seit Beginn des Programms ist es der Stadt Karlsruhe gelungen, eine Vielzahl an Vermieter_innen hierfür zu gewinnen. Die Ansprache erfolgt medial in Form von Presseartikeln, über das Netzwerk der Wohnungslosenhilfe oder auch über „Mund-zu-Mund-Propaganda“. Gute Erfahrungen mit der städtischen Kooperation führen über private Netzwerke zu weiteren an die Stadt gerichtete Angebote. Nachdem der/die Eigentümer_in eine Wohnung zur Verfügung gestellt hat, erhält diese/r einen Renovierungs- und Sanierungszuschuss aus Mitteln des Haushaltes der Stadt Karlsruhe. Das Karlsruher Stadtparlament beschließt die jährlich verfügbaren Mittel für das Projekt im Rahmen der Haushaltsberatung. Der/die Eigentümer_in bringt einen Eigenanteil ein. Die Stadt übernimmt gegenüber dem/der Vermieter_in eine Mietausfallgarantie für sechs Jahre. Die Miete entspricht den angemessenen Kosten der Unterkunft der Stadt Karlsruhe. Stadt und Eigentümer_in schließen einen Kooperationsvertrag und eine Belegungsvereinbarung, die ein Belegungsrecht zu Gunsten der Stadt Karlsruhe für zehn Jahre enthalten. Die Auswahl der Mieter_innen erfolgt über die Stadt, im Einvernehmen mit dem/der Eigentümer_in. Die Mieter_innen erhalten zunächst einen befristeten Nutzungsvertrag. Sie schließen dann, sofern die neue Hausgemeinschaft gelingt (in der Regel nach einem Jahr), einen eigenen Mietvertrag mit dem/der Vermieter_in. Der/die Mieter_in erklärt sich damit einverstanden, dass die Miete direkt an den/die Vermieter_in überwiesen wird. Das Karlsruher Modell „Wohnraumakquise durch Kooperation“ ist ein wirtschaftlich und sozial intendiertes Konzept, weil ein vom Wohnungs- (und oftmals Arbeits-)markt ausgeschlossener Personenkreis mit Begleitung der sozialen Arbeit ermächtigt wird, zu einem selbständigen Lebensstil zurückzufinden.

Die akquirierten Wohnungen sind auf nahezu alle Stadtteile verteilt, wie Abbildung 4 veranschaulicht. Im Gegensatz zu Neubauten in größeren Einheiten gelingt es dadurch, einer fortschreitenden Segregation in bereits agglomerierten Stadtteilen vorzubeugen. Durch das Belegungsrecht und die Mietbindung wird verhindert, dass Mietpreise steigen und sich der Wohnungsmarkt für die unteren Einkommensklassen weiter verengt. Die in vielen Städten häufig beklagte Entwicklung, dass Objekte von Eigentümer_innen an Investor_innen veräußert werden, die daraus hochwertigen und hochpreisigen Wohnraum schaffen, wird so zumindest gebremst.

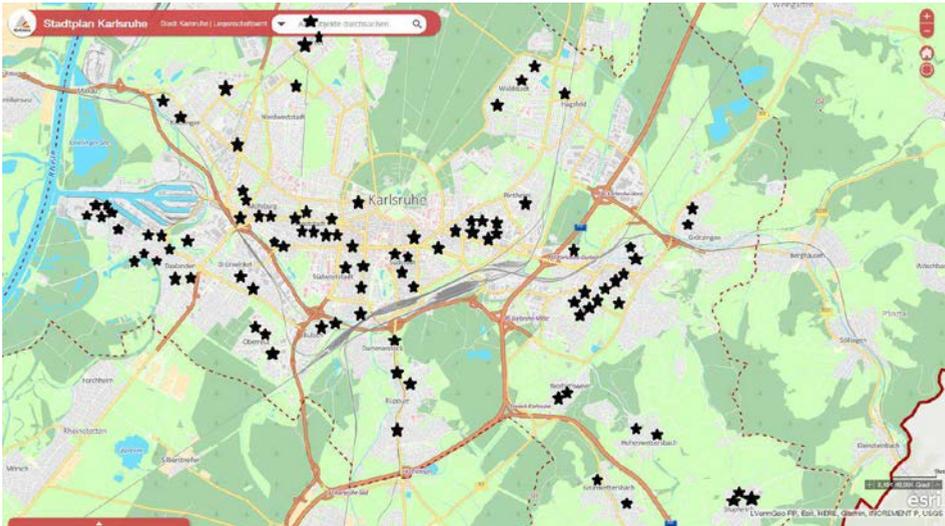


Abbildung 4: Verteilung der Akquisewohnungen im Stadtgebiet Karlsruhe 2019
 Quelle: Stadt Karlsruhe, Liegenschaftsamt 2019

Durch den Ausbau und die ständige Optimierung des 2005 gestarteten Programms gelingt es der Stadt Karlsruhe seither kontinuierlich, am Wohnungsmarkt benachteiligte Personen mit adäquatem Wohnraum zu versorgen. Bislang konnten bis zum Jahr 2021 964 Wohnungen für 2.375 Personen, davon 486 Familien mit 936 Kindern, bereitgestellt werden (Abbildung 5). Bei der vergleichsweise geringen Leerstandsquote ist dies ein Beleg dafür, dass das Programm bei den Wohnungseigentümer_innen ankommt. Die Zahl der wohnungslosen Menschen wäre ohne dieses Instrument der sozialen Wohnraumversorgung deutlich höher.

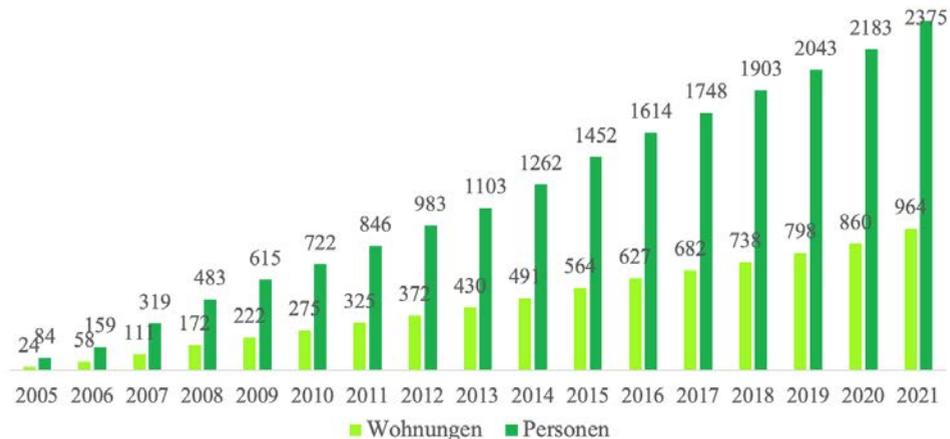


Abbildung 5: Personen in Akquisewohnungen 2005–2021
 Quelle: Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbehörde 2022

Im Vergleich der Anzahl an Sozial- und Akquisewohnungen (Abbildung 6) wird deutlich, dass der Rückgang der Sozialwohnungen im Zeitraum 2009 bis 2017 über die kommunale Steuerung im Bestand, insbesondere über die Akquise leerstehender Wohnungen, zu einem guten Teil kompensiert wird. Damit gleicht die kommunale Wohnungspolitik teilweise das durch staatliche Wohnungspolitik verursachte Defizit an Sozialwohnungen aus. Der kommunalen Ebene stehen bei dem Programm Wohnraumakquise durch Kooperation ausschließlich kommunale Finanzmittel zur Verfügung. Umso verständlicher erweist sich das Plädoyer von Lenz (2022), staatliche Förderpolitik im Sektor des Wohnens verstärkt auf die kommunale Ebene auszurichten und die Kommunen entsprechend auszustatten.



Abbildung 6: Bestand an Sozial- und Akquisewohnungen in Karlsruhe 2009–2017

Quelle: Stadt Karlsruhe 2022

4 Mikroebene: Die individuelle Lebenslage „Wohnungslos“

Die individuelle Lebenslage „Wohnungslos“ ist auf der Mikroebene verortet. Das Programm „Wohnraumakquise durch Kooperation“ fungiert auf dieser Ebene als soziale Intervention, um am Wohnungsmarkt benachteiligten Menschen das Recht auf Wohnen zu ermöglichen. Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten treten bei einem angespannten Wohnungsmarkt in Konkurrenz zu anderen Gruppen mit niedrigen Einkünften. Für einkommensschwache Haushalte wird es immer schwieriger, bezahlbaren und geeigneten Wohnraum zu finden. Im Niedrigpreissegment des Wohnungsmarktes konkurrieren Auszubildende, Studierende, Geringverdiener_innen, Sozialleistungsbeziehende etc. um ein knappes Wohnungsangebot. Dabei haben wohnungslose Menschen oft die geringsten Chancen, eigenständig eine Wohnung anzumieten, da bei der Vergabe von privatem Wohnraum neben finanziellen auch außerökonomische Kriterien der Benachteiligung Zugänge beschränken (Krätke, 1995). Dafür können strukturel-

le Diskriminierungen verantwortlich sein, wie z.B. Stigmatisierungen gegenüber wohnungslosen Menschen von Seiten der Mehrheitsgesellschaft oder von Seiten der Vermieter_innen („Messies“, „Mietnomad_innen“) (Heibrock, Lenz, 2022). Stigmatisierungsprozesse gegenüber wohnungslosen Personen beziehen sich oftmals auf normative Abweichungen wie Wohnungsverlust und – entsprechend Goffman – auf „zutiefst diskreditierende Eigenschaften“ (1975, S. 11); im hier dargestellten Kontext z.B. auf unterstellte Eigenschaften wie „Wohnunfähigkeit“.⁴

Etikettierungsprozesse (Labeling) und herabwürdigende Zuschreibungen können zu weiteren Exklusionsprozessen (unter anderem am Wohnungsmarkt) führen⁵. Dass es gravierende Vorurteile gegenüber wohnungslosen Menschen gibt, die zu Ausgrenzungen und Abwertungen führen, verdeutlichen u.a. die Langzeitstudie des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer, 2012) und die Nachfolgestudien von Zick (2021). Neben ökonomischen Zugangsbarrieren wird durch diese Negativattributionen der Zugang zum sozialen und wirtschaftlichen Gut Wohnen (Mesoebene) und insgesamt zum marktwirtschaftlich orientierten Wohnungsmarkt (Makroebene) erschwert oder gar unmöglich gemacht.

Negative Zuschreibungsprozesse gegenüber wohnungslosen Menschen können darüber hinaus zu einem Othering führen. Darunter sind Prozesse der sozialen Konstruktion des „Anderen“ („den Anderen zum Anderen machen“) zu verstehen. Konzepte des Othering gehen auf Studien postkolonialer Kritiker_innen, vor allem auf Edward Said zurück, der in seinem Werk „Orientalism“ Abwertungsmechanismen des Okzidents gegenüber dem Orient darlegt, indem er das Konzept „Orient“ bereits als ein orientalistisches (westliches) Konstrukt postuliert, dem ein Denken binärer Oppositionen, z.B. „wissenschaftlicher Okzident“/„mystischer Orient“ zugrunde liege (ebd., 1983), das eine Demarkationslinie in „wir“ und „andere“ konstruiere. Über Stigmatisierungs- und Etikettierungsprozesse werden Differenzzuschreibungen einer scheinbar homogenen Gruppe, „den Wohnungslosen“, festgeschrieben und eine Markierungsgrenze zwischen einem „Wir“ und einem „Anderen“ gezogen, wobei das „Wir“ mit gesellschaftlicher Normalität gleichgesetzt wird und das „Anderere“ außerhalb dieser positioniert wird. Anhand dieser Mechanismen werden wohnungslose Menschen aufgrund ihrer Lebenslage zu einer homogenen Gruppe außerhalb der Normalität konstruiert (Heibrock, Lenz, 2022). Hinzu kommt, dass die Unterbringung in einer Obdachlosenunterkunft häufig mit einer stigmatisierenden Adresse verbunden ist, was weitere Integrationsprozesse, z.B. die Arbeitsplatzsuche, erschwert. Diskriminierung

4 Bezüglich der Thematik Ausgrenzung und Stigmatisierung wohnungsloser Menschen vergleiche Malyssek, J., Störch, K. (2021).

5 Zur Aktualität von Etikettierungstheorien vergleiche Widersprüche, Heft 153, 39. Jg, 2019.

aufgrund der Wohnadresse verläuft durch die Zuschreibung räumlicher Attribute auf die Bewohner_innen eines Wohngebietes.

Die Stadt Karlsruhe hat bereits, wie oben beschrieben, in den 1970er Jahren begonnen, einer territorialen Stigmatisierung – entsprechend des Leitbildes sozialer Durchmischung – entgegen zu wirken, indem die marginalisierten, an den Rändern der Stadt gelegenen Siedlungen („Obdachlosenbaracken“) sukzessive aufgelöst wurden. Einer Verwobenheit sozialer und räumlicher Benachteiligung, wie sie Wacquant (2007) auf der Grundlage ethnografischer Forschungen für die Pariser banlieue und das Chicagoer Ghetto konzeptionalisierte, konnte durch die Karlsruher Programmatik einer dezentralen Wohnraumversorgung sozial Marginalisierter zumindest abgemildert werden. Diesbezüglich vermuten die Autor_innen einen Wirkungszusammenhang hinsichtlich der von Helbig und Jähnen festgestellten geringen Segregation für die Stadt Karlsruhe.

Ein Erfolgsfaktor des Programms Wohnraumakquise ist, dass die potenziellen Mieter_innen vorab die Möglichkeit erhalten, die akquirierte Wohnung vor einem Einzug zu besichtigen und selbst entscheiden können, ob dieser stattfindet, wie bei Anmietungen jenseits institutioneller Hilfen. Aus Sicht der Stadt Karlsruhe ist entscheidend, dass die Phasen des Programms von sozialer Arbeit begleitet werden. Probleme, die das Mietverhältnis gefährden, können so frühzeitig erkannt und gemeinsam angegangen werden. Die soziale Arbeit erfolgt auf freiwilliger Basis und so diskret wie möglich, um einer Stigmatisierung der neuen Mieter_innen durch die Umgebung vorzubeugen. Die Mieter_innen werden dabei begleitet, ihren Autonomiegrad und ihre Selbstbestimmung im Sinne des Lebenslagekonzepts zu erhöhen, was in einer zentralen Obdachlosenunterbringung, womöglich mit Mehrbettbelegung, kaum möglich wäre.

Wenngleich die Lebenslage „wohnungslos“ ein völlig heterogenes „Konstrukt“ darstellt, eint diese allerdings, dass wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen zu den Armen in Deutschland zählen, die aufgrund ihrer Lebenslage weniger Chancen zur (politischen) Partizipation als andere Personen haben. Somit haben sie auch geringere Möglichkeiten, die kommunalpolitische Agenda zu beeinflussen. Hier ist soziale Arbeit gefordert: „soziale Arbeit hat ein politisches Mandat und muss sich in sozial-, gesundheits-, wohnungs- und bildungspolitische Entscheidungen einmischen!“ (Gerull, 2011, S. 214). Deshalb ist es auch Aufgabe der sozialen Arbeit im Rahmen ihres sozialpolitischen Mandats, das Thema Wohnungsnotfälle auf die kommunalpolitische Agenda zu setzen, wie dies von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) gefordert wird (Specht, 2017, S. 59). Ziel eines solchen „Agenda-Setting-Prozesses“ (Nissen, 2002) auf stadtpolitischer Ebene im Kontext von lokaler Sozial- und Wohnungspolitik ist die nachhaltige Verankerung dieser Thematik, d.h. der sozialen Wohnraumversorgung. Dabei geht es, wie Nissen formuliert, um „The-

mensetzungspolitik“, die „sachlich und strategisch agiert“ (ebd., S. 222). Soziale Arbeit agiert als Teil eines sozialpolitischen Netzwerkes⁶, so dass mit Hilfe dieses Netzwerkes Probleme nicht nur benannt, sondern auch den Eingang in politisches Handeln finden.

5 Fazit

Mit einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt ist in den nächsten Jahren nicht zu rechnen, auch wenn der soziale Wohnungsbau derzeit eine Wiederbelebung auf politischer Ebene erfährt. An dieser Stelle setzt die kommunale Steuerung der sozialen Wohnraumversorgung an. Über die gezielte Wohnungsvergabe an wohnungslose Menschen wird verhindert, dass diese, wie bei anderen Belegungssteuerungen (z.B. über einen Wohnberechtigungsschein) immer wieder mit anderen Gruppierungen konkurrieren müssen und dadurch „durch das Raster“ fallen.

Ein sozialer Wohnungsmarkt bedarf wie der soziale Arbeitsmarkt einer ganzheitlichen Strategie auf lokaler Ebene (Lenz, Heibrock, 2022). Hierzu ist die Analyse des lokalen Wohnungsmarktes unverzichtbar, um an die jeweiligen Gegebenheiten anknüpfen zu können, wie das Programm Wohnraumakquise belegt. Der von Dangschat postulierte Umgang mit sozialräumlichen Konzentrationen sozialer Gruppen ist ein zentraler Schwerpunkt sozialer Wohnraumversorgung auf kommunaler Ebene. Denn: Soziale Durchmischung „fällt nicht vom Himmel“, gelingt nicht von allein, sie muss in der kommunalen Praxis vor Ort in Städten und Gemeinden erhalten oder erarbeitet werden. Wie dargelegt wurde, sieht Lenz (2022) in der Kommunalisierung eine Chance für die soziale Wohnraumversorgung, was einem Paradigmenwechsel in der bisherigen bundesdeutschen Förderlogik gleichkommt.

Das Karlsruher Programm „Wohnraumakquise durch Kooperation“ fungiert als Scharnier zwischen Makro- und Mikroebene. Die Vergabe einer Wohnung an wohnungslose Personen kann zur Dekonstruktion der auf der Mikroebene stattfindenden Zuschreibungsprozesse wie „Wohnungslos“ und damit verbundener Stigmatisierungen führen. In diesem Kontext wirkt das Programm als De-Labeling-Strategie, da es über eine dezentrale Wohnraumversorgung über das gesamte Stadtgebiet dazu beiträgt, sowohl der Stigmatisierung von Menschen ohne eigene Wohnung als auch einer Stigmatisierung von Stadtteilen, z.B. durch räumliche Segregation, vorzubeugen. Zudem trägt das beschriebene Programm der Wohnraumakquise maßgeblich dazu bei, dem staatlichen Abbau des öffent-

6 Beispielsweise fungiert der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. als Forum für alle Akteure in der sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts in Deutschland.

lich geförderten Sozialwohnungsbestandes mit Hilfe kommunaler Belegungssteuerung entgegenzuwirken.

Über ein sozialpolitisches Mandat kann es gelingen, das Thema Wohnungslosigkeit auf der lokalpolitischen Agenda einer Kommune nachhaltig zu verankern. Im Zuge von Agenda Setting werden in Karlsruhe die Themen Armutsbekämpfung und Wohnungslosigkeit dauerhaft auf der lokalpolitischen Ebene verankert. Dazu bedarf es des Zusammenspiels von Sozialplanung, sozialer Arbeit und Sozialpolitik. So kann sich ein kommunaler Problemdiskurs auf einen breiten Erfahrungshorizont aus der Praxis stützen, was für einen Agenda-Setting-Prozess nur von Vorteil sein kann. „Etwas als soziales Problem zu bezeichnen, drückt die Erwartung oder Forderung aus, dass es behoben werden soll“ (Groenemeyer et al., 2012, S. 117). In diesem Sinne ist davon auszugehen, „dass das, was als Problem einer Stadt in der lokalen (politischen) Öffentlichkeit erkannt wird, sich diskursiv aus Praktiken unterschiedlicher Akteure ergibt“ (Barbehön et al., 2015, S. 9).

Dieser Diskurs stellt den Startpunkt für eine strategische Armutsbekämpfung dar. Hieran schließt sich eine Gesamtstrategie auf der Basis des Lebenslagekonzepts an, das umfassende Teilhabemöglichkeiten für aus gesellschaftlichen Teilbereichen Exkludierte anbietet. Für den Bereich Arbeit oder soziale Teilhabe wurden ein Sozialer Arbeitsmarkt oder Sozialpässe installiert. Für den Bereich Wohnen ist dies in Karlsruhe das Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe. Es bildet die Grundlage eines integrierten lokalen Hilfesystems für Wohnungsnotfälle, das von der Prävention im Wohnungsnotfall bis zur Wohnraumversorgung reicht (Heibrock, 2020; Lenz, 2023).

Über die regelmäßige Berichterstattung in Sozialausschuss und Gemeinderat der Stadt ist zum einen die Transparenz über die Weiterentwicklung der Hilfen gewährleistet. Zum anderen werden über das Agenda-Setting die über den Gemeinderat legitimierten finanziellen Ressourcen – bei stark gestiegenen Wohnungslosenzahlen innerhalb der letzten Jahre – akquiriert. Aufgrund der ausschließlich sozialpolitischen Dimension der beschriebenen sozialen Wohnraumversorgung ist die klassische Wohnungspolitik im hier dargestellten Zusammenhang untergeordnet. Das Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe `97 ist dokumentiert in der Karlsruher Schriftenreihe „Wohnungssicherung am angespannten Wohnungsmarkt“. Ziel der Schriftenreihe ist es, „den kommunalen Umgang mit ihre Bewohnerinnen und Bewohnern benachteiligenden Wohnbedingungen zu reflektieren – sowohl praxisbezogen als auch theoretisch“ (Bernart, Lenz, 2009).

Ein Großteil der sozialen Arbeit wird auf kommunaler Ebene von öffentlichen und privaten Träger_innen geleistet. Um die Zusammenarbeit der Dienste zu ermöglichen, sind sozialpolitische Abstimmungsprozesse im kommunalen Raum erforderlich. Sozialplanung ist zu einer elementaren Aufgabe der öffentlichen Trä-

ger_innen und der kommunalen Sozialverwaltung geworden. Der Verschränkung sozialer Arbeit mit der Sozialplanung kommt bei der Armutsbekämpfung als strategischem Prozess eine besondere Bedeutung zu. Mit der in der Regel öffentlich verantworteter Sozialplanung wird eine soziale Infrastrukturplanung geleistet, bei der der Lebensraum und die Lebensverhältnisse von verschiedenen Zielgruppen analysiert werden, um die Teilhabechancen mit Hilfe von passgenauen Angeboten zu verbessern. Kooperationspartner_innen hierbei sind neben der öffentlich getragenen sozialen Arbeit auch die freien Träger_innen, vertreten durch die Liga der Freien Wohlfahrtspflege, wobei die kooperative, partizipative Sozialplanung diese im Sinne einer neuen lokalen Governance (Schubert, 2012) horizontal in Planungsprozessen einbezieht (und nicht nur auf der Umsetzungsebene). Mit Hilfe des breiten Netzwerkes kann es gelingen, erschwingliches Wohnen jenseits von sozialer und territorialer Stigmatisierung zu gewähren.

Literaturverzeichnis

- Barbehön, M. (2015): Die Europäisierung von Städten als diskursiver Prozess, Baden-Baden: Nomos.
- Bernart, Y./Lenz, M. (Hrsg.) (2009): Karlsruher Schriftenreihe „Wohnungssicherung am angespannten Wohnungsmarkt“, Göttingen: Cuvillier.
- Brühl, H./Echter, C.-P. (Hrsg.) (1998): Entmischung im Bestand an Sozialwohnungen, Berlin: Eigenverlag.
- Dangschat, J. (1994): Segregation – Lebensstile im Konflikt, soziale Ungleichheiten und räumliche Disparitäten, in: Dangschat, J./Blasius, J. (Hrsg.): Lebensstile in den Städten – Konzepte und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, 426–445.
- Dangschat, J. (1997): Sag' mir wo du wohnst, und ich sag' Dir wer du bist! Zum aktuellen Stand der deutschen Segregationsforschung, in: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 23(2), 619–647. <https://doi.org/10.32387/prokla.v27i109.866>
- Farwick, A. (2012): Segregation, in: Eckardt, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden: Springer, 381–419.
- Friedrichs, J. (1995): Stadtsoziologie, Opladen: Leske + Budrich.
- GdW/Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen (Hrsg.) (1998): Überforderte Nachbarschaften: Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern, Köln: Eigenverlag.
- Gerull, S. (2011): Armut und Ausgrenzung im Kontext Sozialer Arbeit. Weinheim/München.
- Goffman, E. (1975): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. 1. Auflage Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Groenemeyer, A. et al. (2012): Die Politik sozialer Probleme. In: Albrecht, G./Groenemeyer, A. (Hrsg.): Handbuch soziale Probleme, Wiesbaden: Springer, 117–191.
- Heibrock, R./Lenz, M. (2016): Soziologie in kommunaler sozialwirtschaftlicher Praxis am Karlsruher Beispiel sozialer Wohnraumversorgung benachteiligter Personen am angespannten Wohnungsmarkt, in: Stark, C. (Hrsg.): Sozialwirtschaft, Norderstedt: Book on Demand, 91–120.

- Heibroock, R./Lenz, M. (2020): Wohnungsnotfallhilfe als Akteurin strategischer Armutsbekämpfung. In: Lenz M. & Langewitz, O. (Hrsg.) Karlsruher Schriftenreihe Wohnungssicherung am angespannten Wohnungsmarkt Band 5, Cuvillier: Göttingen.
- Heibroock, R./Lenz, M. (2022): Die Karlsruher Wohnraumakquise als De-Labeling-Strategie; in: Sowa, F. (Hrsg.) Figurationen der Wohnungsnot. Kontinuität und Wandel sozialer Praktiken, Sinnzusammenhänge und Strukturen, Beltz: Juventa, S. 797–815.
- Heibroock, R./Lenz, M. (2023): Wohnungslosenhilfe in der Corona-Pandemie, ein Praxisbericht aus der Stadt Karlsruhe, in: Sowa, F. (Hrsg.) Obdach- und Wohnungslosigkeit in pandemischen Zeiten – Interdisziplinäre Perspektiven, transcript, im Druck.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012): Deutsche Zustände. Das entscherte Jahrzehnt. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, https://bagkr.de/wpcontent/uploads/2018/07/IKG_2012_Pressehandout_Deutsche-Zust%C3%A4nde.pdf (abgerufen am 27.09.2021).
- Helbig, M./Jähnen, S. (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Berlin: WBZ.
- Herlyn, U. (1974): Soziale Segregation, in: Pehnt, W. (Hrsg.): Die Stadt in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart: Reclam, 89–106.
- Holm, A. (2011): Wohnung als Ware: Zur Ökonomie und Politik der Wohnungsversorgung. Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 31 (121), 9–20. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-402388> (abgerufen am 15.05.2022).
- Holm, A. (2018): Rückkehr der Wohnungsfrage. www.bpb.de/themen/stadt-land/stadt-und-gesellschaft/216869/rueckkehr-der-wohnungsfrage/ (abgerufen am 15.05.2022)
- Janson, M. (2021): Immer weniger Sozialwohnungen in Deutschland, Hamburg 2021. <https://de.statista.com/infografik/12473/immer-weniger-sozialwohnungen-in-deutschland/> (abgerufen am 15.05.2022).
- Krätke, S. (1995): Stadt – Raum – Ökonomie – Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie, Basel: Birkhäuser.
- Lenz, M. (2007): Auf dem Weg zur sozialen Stadt – Abbau benachteiligender Wohnbedingungen als Instrument der Armutsbekämpfung, Wiesbaden: DUV.
- Lenz, M. (2022). Soziale Wohnraumversorgung innovativ. Kommunalisierung als Chance. Baden-Baden: Nomos.
- Lenz, M./Heibroock, R. (2018): Strategische Armutsbekämpfung, in: Sozialmagazin 43 (9), S. 83–92.
- Lenz, M./Heibroock, R. (2019): Zur Stabilisierung sozialer Architekturen. Eine Antwort auf die Frage „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?“; in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., 99(12), S. 71–76.
- Lenz, M./Heibroock, R. 2022: Sozialer Wohnungsmarkt. Beitrag zur Armutsprävention, in: SOZIALWirtschaft 1/2022, S. 21–23.
- Lenz, M./Schäfer S. (2017): Wohnraumakquise durch Kooperation – Zehn-Jahres-Bilanz 2005–2015, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (Hrsg.): Dokumentation der Bundestagung 2015, Berlin: Eigenverlag, 53–48.
- Malyssek, J./Störch, K. (Hrsg.) (2021): Wohnungslose Menschen. Ausgrenzung und Stigmatisierung. 2. Auflage 2021, Freiburg i.B.: Lambertus.
- Nissen, S. (2002): Die regierbare Stadt, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Rink, D./Egner, B. (Hrsg.) (2020): Lokale Wohnungspolitik. Beispiele aus deutschen Städten. Baden-Baden: Nomos.

- Said, E. W. (1983): *The world, the text, and the critic*, Harvard: Harvard University Press.
- Schöber, K. (2022): in: Sowa, F. (Hrsg.) *Figurationen der Wohnungsnot. Kontinuität und Wandel sozialer Praktiken, Sinnzusammenhänge und Strukturen*, Beltz, Juventa, S. 73–97.
- Schönig, B. et al. (2017): *Paradigmenwechsel in der kommunalen Politik? Variationen kommunalisierter Wohnungspolitik im transformierten Wohlfahrtsstaat*, in: Barbehön, M./Münch, S. (Hrsg.) 2017, S. 25–62.
- Schubert, H. (1995): *Soziale Infrastruktur*; in: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): *Handwörterbuch der Raumordnung*, Hannover, S. 847–851.
- Schubert, H. (2012): *Kooperative Sozialplanung. Gute Beispiele der Zusammenarbeit von Kommunen und Kreisen mit der Freien Wohlfahrtspflege*. Düsseldorf.
- Sowa, F. (Hrsg.) (2022): *Figurationen der Wohnungsnot. Kontinuität und Wandel sozialer Praktiken, Sinnzusammenhänge und Strukturen*, Beltz, Juventa
- Specht, T. (2017): *Die Entwicklung integrierter lokaler Systeme der Hilfen in Wohnungsnotfällen – eine Aufgabe kommunaler Sozialpolitik*, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (Hrsg.): *Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen*. Berlin, S. 59–72.
- Stadt Karlsruhe (Hrsg.) (1964): *Niederschrift über die 28. Plenarsitzung des Karlsruher Gemeinderats*, Karlsruhe.
- Stadt Karlsruhe (Hrsg.) (1974): *Rahmenprogramm zur Rehabilitation sozialer Randgruppen in Karlsruhe – Obdachlosenprogramm*, Karlsruhe: Eigenverlag.
- Stadt Karlsruhe (Hrsg.) (1993): *Sozialbericht '93 – materiell und sozial benachteiligte Gruppe in Karlsruhe – Daten und Fakten in Karlsruhe sowie Strategien ihrer Bekämpfung*, Karlsruhe: Eigenverlag.
- Stadt Karlsruhe (Hrsg.) (1997): *Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97*. Karlsruhe: Eigenverlag.
- Stadt Karlsruhe (Hrsg.) (2021). *Stadtentwicklungsstrategie 2035 – Wohnen und Bauen. 9. Sachstandsbericht*. Karlsruhe: Eigenverlag.
- Wacquant, L. (2007): *Territorial Stigmatization in the Age of Advanced Marginality*. In: *Thesis Eleven* (91), S. 66–77.
- Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*. Verlag Westfälisches Dampfboot, Heft 153, 39. Jg 2019.
- Zick, Andreas (2021): *Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte*. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*, S. 192 f. Bonn: Dietz.

Regina Heibroek

M.A., Sozialplanerin bei der Stadt Karlsruhe, Schwerpunkt strategische Armutsbekämpfung und konzeptionelle Wohnungsnotfallhilfe. Aktuelles Projekt: Befragung von ehemals wohnungslosen Menschen zu möglichen Integrationseffekten einer eigenen Wohnung.

Martin Lenz

Dr.phil., Dipl.-Päd., Bürgermeister der Stadt Karlsruhe, Promotion 2007 im Bereich Stadtsoziologie. Forschungsfelder: Sozialplanung und soziale Wohnraumversorgung.